



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/116 - 21.5.1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886390

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Brief Bulganins an Mollet	S. 1
Zur Adenauer-Reise nach den USA	S. 3
Widerstände gegen Eisenhower im USA-Kongress	S. 5
Die Aussiedlertransporte aus Polen	S. 7
Kongress der Volksbibliothekare	S. 9

"... und seine Nachbarstaaten"

G.M. Es ist nicht das erste Mal, dass die Regierung der Sowjetunion versucht, der französischen Regierung zweiseitige Verhandlungen über europäische Probleme nahezu legen. Auch das letzte Schreiben Bulganins an Ministerpräsident Mollet hat kaum einen anderen Sinn und dürfte daher - mindestens für die Dauer der jetzigen französischen Regierung - die gleiche Beantwortung erfahren, wie frühere derartige Versuche von russischer Seite, mit Frankreich zu einem direkten Gespräch zu gelangen.

Für Deutschland und damit auch für Europa ist aber der Passus in dem Bulganin-Brief interessant, wo es heisst, die sowjetische Regierung sei bereit, mit den beteiligten Ländern die Frage der Errichtung einer Zone der Begrenzung und Inspektion der Rüstung zu erörtern. "Diese Zone müsse das Territorium beider Teile Deutschlands und seine Nachbarstaaten einschliessen."

Damit schaltet sich Bulganin verhältnismässig geschickt in die zur Zeit auf der offenen diplomatischen Bühne, aber auch hinter deren Kulissen stattfindenden Gespräche über eine "militärisch verdünnte Zone" in Europa ein. Hier ^{bei} verteidet er es offenbar bewusst, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands anzusprechen. Bulganin meint, die Sowjetregierung sei weit davon entfernt, Deutschland als einen ewigen und ständigen Feind zu betrachten, und die Regierung der Sowjetunion wünsche aufrichtig, Beziehungen der friedlichen Zusammenarbeit und des Vertrauens mit der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Man muss annehmen, dass Bulganin durch diese von ihm gewählte Formulierung Stimmungen in der französischen Politik ansprechen wollte, die aus traditionellen - 2 -

21.5.1957

Essentials dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands sehr skeptisch gegenüberstehen...

Und trotzdem hätte der Westen vielleicht gerade jetzt eine Chance, Bulganin beim Wort zu nehmen. Theoretisch könnte die französische Regierung das direkte Verhandlungsangebot zwar ablehnen, ihrerseits aber vorschlagen, das gleiche Thema im Rahmen der zur Zeit in London stattfindenden Abrüstungsverhandlungen erneut zur Debatte zu stellen.

Wenn Worte einen Sinn haben, ist in dem Bulganin-Brief nämlich zum ersten Mal nach mehreren unverbindlichen Äußerungen bei Cocktail-Partys und anderen Gelegenheiten von höchster sowjetischer Stelle offiziell bestätigt worden, dass die Sowjetunion unter Umständen auch bereit sein könnte, die dem Warschauer Pakt angehörenden östlichen Nachbarstaaten Deutschlands in eine zu schaffende europäische Entspannungs- und Inspektionszone zu entlassen. Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und der Entspannung in Europa dürfte nach einem solchen von Moskau geilligten Schritt seiner Satellitenstaaten mit grösseren Erfolgsaussichten zu lösen sein, als im gegenwärtigen Zeitpunkt, da beide Teile Deutschlands und Deutschlands Nachbarstaaten Mitglieder von militärischen Machtblöcken sind, die sich direkt einander gegenüberstehen und deren Trennungsgrenze die Europa und Deutschland in zwei Hälften teilende deutsche Zonengrenze ist.

Es ist hinreichend bekannt, dass Parkow besonders in letzter Zeit die Entspannungsbemühungen Moskaus mit wachsender Nervosität verfolgt. Also stärker sollte die Regierung der Bundesrepublik bemüht sein, durch eigene, jenseits der abgegriffenen Formeln von der militärischen Blockpolitik liegende Vorschläge das internationale Entspannungsgespräch zu befruchten. Wenn die Bundesregierung darauf verzichtet und auch weiterhin nichts anderes tut, als sich in den Graben des Kalten Krieges zu verschanzen, schädigt sie die Interessen des deutschen Volkes.

* * *

Die Geschichte wiederholt sich nicht

-ler. Niemand kann bekanntlich noch einen weisen griechischen Wort zweimal in den gleichen Fluss steigen. Diese Erfahrung dürfte auch Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht erspart bleiben, der sich nun anschickt, zum fünften Male seinen Fuss auf amerikanischen Boden zu setzen. Die erste Reise erfolgte auch in einem Frühjahr und auch in einem Wahljahr, im April 1953; seitdem standen die Räder der Geschichte nicht still. Die weltpolitische Szenerie hat sich gewandelt, die politischen Grundvorstellungen jener Zeit hielten den Belastungen der darauf folgenden Jahre nicht stand. Dr. Adenauer findet zwar in Eisenhower und in Dulles die gleichen Gesprächspartner wie damals vor, aber, und das ist wohl das Neue in diesem Jahr 1957, nicht mehr die gleiche Atmosphäre des Kalten Krieges. Die amerikanische Politik mit ihrer erstaunlichen Fähigkeit zur Elastizität weist nicht mehr die gleichen starren Züge auf, wie auf dem Höhepunkt des Kampfes um die sang- und klanglos in der Versenkung verschwundenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Nicht die Versteifung der Fronten zwischen West und Ost, sondern Auflockerung, Entspannung, das Suchen, aus den Teufelskreis des atomaren Wettrüstens - ein Begriff, der vor vier Jahren noch nicht das öffentliche Bewusstsein erfüllte - herauszukommen, bestimmen in wachsender Masse das politische Denken Washingtons.

Was hat der deutsche Bundeskanzler in dieser Situation zu sagen, was hat er zu bieten, welchen fruchtbaren Beitrag zu der weltweiten Diskussion um eine Verringerung der Kriegsgefahren im Atomzeitalter kann er leisten? Die Konturen der amerikanischen Politik sind noch nicht fest umrissen, auch in den USA gibt es mächtige Strömungen, die sich dem Zwang zur Verständigung verschließen, die noch in den Vorstellungen des Kalten Krieges verhaftet sind, die lieber heute als morgen es gern sehen würden, wenn der Abrüstungsexperte Stassen in der politischen Wüste landen würde. Eisenhowers Inspektionspläne erfüllen viele USA-Militärs mit Unbehagen; der Gedanke, dass sowjetrussische Flieger über Teilgebiete der Vereinigten Staaten gewissermassen polizeiliche Kontrollen ausüben, geradezu mit Schrecken. Die Idee der gegenseitigen Inspektion, der Schaffung kontrollierter Zonen lässt sich freilich nicht mehr aus der Welt verdrängen, sie hat ihr eigenes Schwergewicht, sie verlangt früher oder später ihre Verwirklichung. Die Hoffnungen der von Atomfurcht gepeinigten Völker knüpfen sich an sie als die wahrscheinlich einzige Möglichkeit, die Berge des Misstrauens abzutragen.

Selbst der Bundeskanzler hat sich, wenigstens dem Aussoren - 4 -

21. Mai 1957

Anschein nach, mit diesen fruchtbaren Gedanken befreundet. In Hamburg erklärte er sich mit der Schaffung einer Inspektionszone in Mitteleuropa einverstanden. Aber welches Gewicht kommt einem solchen Kanzlerwort zu? Eine achtjährige Kanzlerschaft liess in der Vergangenheit nicht immer die Identität von Worten und Taten erkennen. Als ein Mann, der selbst sehr viel von seiner taktischen Meisterschaft hält, weisst der Bundeskanzler, dass er sich in dieser Situation ein Schwimmen gegen den Strom nicht leisten kann, er hätte nicht nur die deutsche öffentliche Meinung, sondern auch grosse Teile der Weltmeinung gegen sich. So ist die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Lagerung von Atombomben auf westdeutschem Gebiet. Das weisst auch der Kanzler, hier liegt die wunde und angreifbarste Stelle seiner Aussen- und Militärpolitik. Was tut er in dieser Lage? Der Taktiker Adenauer lässt der deutschen Öffentlichkeit mit allen propagandistischen Finessen verkünden, über eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr sei überhaupt noch nicht entschieden, das hänge vom Verlauf der Londoner Abrüstungsgespräche ab und damit macht er eine Konzession an das Friedensbedürfnis des deutschen Volkes; der Politiker Adenauer aber hat die CDU-Delegierten auf der Strassburger Versammlung der Westeuropäischen Union angewiesen, für eine unverzügliche Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu stimmen; der Politiker Adenauer lässt sich zwei Tage vor dem Amerikaflug des Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Norstad, kommen, um sich von ihm die Notwendigkeit der atomaren Aufrüstung bestätigen zu lassen. Der Taktiker Adenauer aber öffnet sein Herz für Abrüstung, Inspektionszonen und Rüstungskontrolle. Wo ist hier noch Folgerichtigkeit? Muss nicht die deutsche Politik ins Zwielicht geraten? Wird nicht dadurch ihre Glaubwürdigkeit erschüttert?

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entscheidungen, die in den kommenden Monaten und Jahren heranreifen und die durch das Bemühen um eine Verständigung zwischen West und Ost gekennzeichnet sein werden, verlieren alle anderen Fragen des deutsch-amerikanischen Verhältnisses an Bedeutung. Die Kernfrage, vor der die deutsche Politik heute steht, ist doch die, ob sie den Willen, die Fähigkeit und den notwendigen Ideenreichtum hat, sich, losgelöst von den Vorstellungen des Kalten Krieges, mit konstruktiven Vorschlägen über Abrüstung und Wiedervereinigung einzuschalten. Von Adenauer sind wohl in dieser Hinsicht mehr kommende als in die Zukunft weisende Impulse zu erwarten. Auch "Erfolgsmeldungen" von der Reise nach den USA werden darüber nicht hinwegzutäuschen vermögen.

21.5.1957

Der einflusslose Präsident

Von unserem USA - Korrespondenten

New York, Mitte Mai

"Ich habe noch nie einen General gesehen, der so sehr jedem Konflikt ausweicht", sagte nach Eisenhowers Rundfunk- und Televisionsansprache zur Verteidigung seines Budgets ein Zuhörer zum Verfasser dieses Artikels. In der Tat, der Präsident, der wenige Monate nach seinem überwältigenden Wahlsieg in einen schweren Konflikt mit seiner eigenen Partei im Kongress und mit der überwiegenden Mehrheit der Demokraten, der offiziellen Oppositionspartei im Kongress, geraten ist, hätte sich seinen Rundfunkappell zugunsten des von ihm vorgelegten Budgets ersparen können, wenn er dem eigentlichen Konfliktpunkt, den entgegengesetzten Tendenzen des Weissen Hauses und denen des Kongresses, auszuweichen, entschlossen war.

Der Streitpunkt ist klar. Eisenhower hat unter dem Schlagwort des "modernen Republikanismus" einige der fruchtbarsten Ideen Franklin Roosevelts und Harry Trumans sich zunutze gemacht. Er sah sich ausserdem unter dem Druck der aussenpolitischen Notwendigkeiten gezwungen, die unter Truman eingeführte wirtschaftliche Auslandshilfe und die Technische Hilfeleistung an unterentwickelte Länder, Trumans berühmten "Punkt IV" fortzusetzen. All das bedeutet Ausgaben.

Demagogie der Republikaner

Die Demagogie der Republikaner, die 1952 und bis zu einem gewissen Grade auch noch 1956 die Wahlen mit dem Schlagwort zu gewinnen suchten, dass die Demokraten zuviel Geld ausgegeben und zu hohe Steuern eingeführt hätten, rächt sich jetzt. Denn die Republikaner, die den "modernen Republikanismus" kaum weniger hassen als den New Deal und den Fair Deal, meinen, dass sie nun ihre Schlagworte auch gegenüber ihren eigenen Präsidenten durchsetzen müssen. Sie sind gegen die verwässerten, aber doch nicht ganz ihres fortschrittlichen Charakters entkleideten Vorschläge Eisenhowers. Die Demokraten haben Eisenhower in den ersten vier Jahren gegen seine eigene Partei immer wieder unterstützt und sind, da sie ohne dies eine sehr schwächliche Opposition gegen ihn führen, auch weiterhin entschlossen, gewisse aussenpolitisch wichtige Programme zu unterstützen. Aber die Demokraten können kaum die volle Verantwortung für Eisenhowers Programm übernehmen; es ist für sie nur allzu verlockend, den Budgetwünschen des Präsidenten ebenfalls Schwierigkeiten entgegenzustellen.

Dazu kommt, dass Eisenhower von Mitte Januar bis Mitte Mai untätig zusah, als sein Budget nicht nur von seiner eigenen Partei, sondern sogar von seinem eigenen Schatzsekretär und anderen Kabinettsmitgliedern als zu freigebig angegriffen wurde. Eisenhower rührte keinen Finger, um die von ihm vorgeschlagenen Ausgaben zu verteidigen. Das Ergebnis ist, dass sich im Kongress eine schneeballenartig erwachsende Sparwut angesammelt hat; der Präsident wird kaum instande sein, einige ihm sehr unangenehme Budgetkürzungen zu verhindern.

Soziale Ausgaben betroffen

Da angesichts der weltpolitischen Lage und wegen des kaum erschütterten Prestiges des Präsidenten auf militärischem Gebiet niemand sehr weitgehende Kürzungen an den Militärausgaben beantragen oder riskieren will, konzentriert sich der Sparsießer auf sozial wichtige Projekte, wie

21.5.1957

insbesondere Bundeshilfe für Schulbau, eine der dringendsten Ausgaben. Es ist also im wesentlichen eine durchaus rückschrittliche Sparwut, die Steuerermässigungen, wie sie die Republikaner wünschen, - das heisst für die grossen Steuerzahler - drängenden sozialen Projekten vorzieht. Was mögliche Ersparnisse bei internationalen Ausgaben, also vor allem bei Auslandshilfe betrifft, so sind diese Ausgaben offenen und versteckter, bewusster und unbewusster Isolationisten immer schon in die Augen gestochen.

Früher als man annehmen durfte, hat sich nun erwiesen, dass Eisenhowers Wiederwahl schwerere Konsequenzen hat als seine erste Wahl. Denn mit dieser zweiten Wahl eines müde gewordenen Mannes ist auch eine verfassungsmässige und gleichzeitig politische Konsequenz verbunden. Nach Franklin Roosevelts Tode setzten die Republikaner aus ohnmächtigem Zorn, dass dieser politische Magier als erster amerikanischer Präsident ein viertes Mal zum Präsidenten gewählt worden war, einen Zusatz zur Verfassung durch, der eine dritte Amtsperiode für jeden Präsidenten ausschliesst. Der Präsident, der zum zweiten Mal gewählt ist, weiss - und vor allem die Politiker wissen -, dass er nicht mehr gewählt werden kann. Wenn der Präsident also kein sehr geschickter und machtbewusster Politiker ist, muss er sich damit abfinden, dass seine politische Macht vor allem im Kongress während der zweiten Amtsperiode immer weiter absinkt und dass die politischen Führer des Kongresses ihre eigenen Wege gehen, wie sie ihnen angesichts des beginnenden Manövers um die Präsidentschaftskandidatur zweckmässig erscheinen.

Schnelle Abnutzung

Freilich hat niemand erwartet, dass diese politische Abnutzung schon am ersten Tag der zweiten Amtsperiode beginnen wird. Dafür gibt es besondere Gründe, die in Eisenhowers im Grunde genommen unpolitischer Persönlichkeit liegen, in seiner Abneigung gegen scharfe Auseinandersetzungen - darum schwieg er, als die ersten Beschwerden über sein zu grosses Budget laut wurden. So ist auch sein schwächlicher Appell selbst ohne schwache Wirkung geblieben.

Der Senat scheint bei den Budgetkürzungen noch weitergehen zu wollen als das Abgeordnetenhaus, obwohl die Senatoren sonst in der Regel massigenden Einflüssen eher zugänglich sind als die Abgeordneten. Es ist kennzeichnend, dass gerade die Ausgaben, für die sich Eisenhower besonders einsetzt, den Mitgliedern des Kongresses besonders kürzungsbedürftig erscheinen. So hat Eisenhower mit besonderem Nachdruck höhere Ausgaben für die Informations-Tätigkeit, die sogenannte Information Agency, verlangt. Das Abgeordnetenhaus machte Abstriche. Der Präsident erklärte, solche Ersparnisse seien die ärgsten, die man machen könne. Darauf beschloss der Senat noch weitere Abstriche, obwohl der Leiter dieses Amtes, Eisenhowers Vertrauensmann, der ideologische Vater des "modernen Republikanismus", die ernstesten Anstrengungen gemacht hatte, den Senat zu grösserer Freigebigkeit zu bewegen. Gerade darum, weil es sich um einen Mann handelte, der das Schlagwort vom "modernen Republikanismus" geprägt hatte, waren die Republikaner im Senat unerbittlich - und die Demokraten hatten keine Ursache, dem Präsidenten gerade hier aus der Verlegenheit zu helfen.

Kampf zwischen Administration und Gesetzgebung ist unter dem amerikanischen Verfassungssystem nichts Ungewöhnliches. Er ist geradezu beabsichtigt. Aber Präsident und Kongress sind zwei in vieler Beziehung gleich mächtige Faktoren - manchmal ist der Präsident der Mächtigere. Eisenhower hat dieses Kräftespiel nie verstanden. Aber solange er für

21.5.1957

die Republikaner die einzige Siegeshoffnung darstellte, hatte er noch gewissen Einfluss. Nun ist es aber anders geworden und die Vereinigten Staaten sehen sich einer Situation gegenüber, in der, was in dem Machtkampf sonst ungewöhnlich ist, der Präsident einige Monate nach Beginn seiner zweiten Amtsperiode und wenige Monate nach einem grossen Wahlsieg einflusslos ist. Wie wird dies erst werden, wenn seine Amtszeit noch weiter fortgeschritten ist?

* * *

Der Druck aus Friedland

-dt Friedland

Von der westdeutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt, rollen Woche für Woche in Friedland drei Transporte mit durchschnittlich 550 "Spätaussiedlern" aus dem Raum hinter der Oder-Neisse ein. Bis Ende Mai werden es rund 46.000 Menschen sein, die seit Anfang 1957 "im Rahmen der Familienzusammenführung" in die Bundesrepublik geschleust wurden. Dieser Vorgang sollte nicht nur von den Menschen verzeichnet werden, die nach zwölf und mehr Jahren Wiedersehen mit Verwandten feiern, denn niemand kann sagen, wieviel Aussiedler noch kommen werden. Das Aussiedlungsabkommen für 1957 lautet auf "mindestens" 16.500 Menschen, eine Zahl, die bereits in den Monaten Januar und Februar überschritten wurde. Geht es in diesem Tempo weiter, dann zählt die Bundesrepublik Ende 1957 um 90-100.000 Neubürger mehr.

"Die Heimat ist ihnen zerfallen" - so charakterisiert die Situation dieser Menschen im Lager Friedland ein Mann, der kraft seines Amtes täglich mit den Aussiedlern zu tun hat. Gespräche mit Aussiedlern bestätigen diese treffende Definition: im zernüftenden zwölfjährigen Kleinkampf mit einem Staat, der sie als Fremdkörper betrachtet, verflüchtigt sich bei diesen Menschen der Begriff Heimat in Sätze, wie: "Ich kann wegen der Zukunft meiner Kinder nicht anders handeln", oder: "Was wollen wir dort noch, es wird ja doch alles polnisch." Gewiss ist unter Gomulka vieles anders geworden; von einem Kinderheitenschutz nach westlichen Begriffen ist auch das weit entfernt, wegen der breiten Streuung schwer durchführbar und überdies in einem autoritären Regime jederzeit widerrufbar. Selbst wenn sie aus Gebieten kommen, wo es seit einiger Zeit deutsche Schulen gibt, wie in Pommern und Niederschlesien, haben die Deutschen das Gefühl, Menschen zweiter Klasse zu sein. Über das Wirtschaftsleben droht auch hier die Polonisierung der zweiten Generation.

Noch 200 000 Aussiedlungsansuchen

Das Anschwellen des Aussiedlerstromes ist weder auf Menschenliebe noch wahrscheinlich auf politische Berechnungen der Polen zurückzuführen

es ist schlicht und einfach der Bevölkerungsdruck aus dem Osten. Gomulka hat sich, wie verlautet, bei seinem Moskau-Besuch verpflichtet, für die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze 1.3 Millionen Polen aus den polnischen Gebieten abzunehmen, die die Sowjetrussen okkupiert haben. Dass die Zahl dieser "Repatrianten" fast genau so hoch liegt, wie nach westdeutschen Berechnungen noch Deutsche jenseits von Oder-Neisse leben, mag ein Zufall sein, nichts deutet zur Zeit jedenfalls darauf hin, dass Warschau 1.3 Mill. Deutsche nach Friedland schicken will, denn bei allen "Druck aus dem Osten" wissen auch die Polen die deutsche Arbeitskraft zu schätzen. Beim Deutschen Roten Kreuz liegen zurzeit rund 200.000 Aussiedlungsansuchen vor, wobei die Gesuche in der letzten Zeit, wahrscheinlich unter einer "Torschlusspanik", gewaltig zugenommen haben. Die Aussiedler berichten aber auch von Gesuchen, die nicht bewilligt wurden.

Die Kreise, die von einer gefährvollen Entleerung der deutschen Räume jenseits von Oder-Neisse sprechen, schenken sich einen näherliegenden Problem widmen: wie die Menschen menschlich unterzubringen sind, die jetzt in Friedland ankommen. Ausser den 100 000, mit denen man rechnet, sind, den Vorjahren entsprechend, etwa 250 000 Sowjetzonenflüchtlinge zu erwarten und im Stillen hegt man Hoffnungen, dass auch für die 120 000 in Russland zurückgehaltenen Zivilverschleppten bald die Stunde der Heimkehr schlägt.

Flüchtlingslager überfüllt

Sämtliche Flüchtlingslager in der Bundesrepublik, die man planmässig zu liquidieren hoffte, sind seit dem Anschwellen des Aussiedlerstromes wieder überfüllt, neue Baracken werden gebaut. Das geht, weil die Aussiedler den Vorrang haben, zunächst auf Kosten der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland, deren Aussichten, aus den Auffanglagern in die zugewiesenen Aufnahmelande zu gelangen, stark gesunken sind. Vor allem Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, so dass die Leute, die der Bundesregierung durchaus nahe stehen, heute lebhaft die Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung bedauern, gleichzeitig aber auch die Aussichtslosigkeit feststellen, im Wahljahr in dieser Frage eine Änderung zu erwarten. Bonn hat bisher zugesagt, dass die 2000 DM Wohnungsbaubeitrag pro Aussiedler nicht wie bisher im nachhinein, sondern bereits vor dem Bau bezahlt werden. Damit allein wird freilich die Überlastung des Bauplatzes nicht behoben. Wichtiger wäre, angesichts des grossen militärischen Bauvolumens einen verbindlichen Dringlichkeitskatalog für die Bauwirtschaft aufzustellen, damit nicht nur bauen kann, wer das meiste Geld hat. Darum ist an den niedersächsischen Flüchtlings-

SPD-Pressedienst

P/XII/116

- 9 -

21.5.1957

minister aus Friedland die Anregung herangezogen worden, aus Männern von Staat, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Institutionen ein Gremium zu bilden, das sich mit den dringendsten Fragen beschäftiger soll, die aus der verstärkten Aussiedlung erwachsen.

* * *

Vorschau auf den Kongress Deutscher Volksbibliothekare

Uns wird geschrieben:

In der Zeit von 1. bis 3. Juni 1957 werden in Essen die deutschen Volksbibliothekare tagen. 600-700 Teilnehmer werden zu dieser bedeutsamsten Volksbibliothekarischen Veranstaltung erwartet.

Der eigentliche Kongress ist eine Arbeitstagung, die mit ihren Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften nicht nur der beruflichen Weiterbildung der Bibliothekare dient, sondern auch der Förderung des öffentlichen Bücherwesens schlechthin. Wichtige Gegenwartsaufgaben dieser in den Nachkriegsjahren sich ständig entwickelnden, aber immer noch unzureichend gesicherten zentralen Volksbildungseinrichtung werden erörtert. So wird der frühere Hamburger Kultursenator Heinrich L a n d a u l in seinem Festvortrag "Wirtschaftliche Wandlung - Freizeit - Öffentliche Bücherei" über die sich aus der zweiten industriellen Revolution für die Bücherwesen ergebenden kultur-politischen Probleme sprechen. Auch die Arbeitsgemeinschaften dürfen die öffentliche Aufmerksamkeit beanspruchen. Sie bezeugen u.a., dass sich die Öffentliche Bücherei heute besonders um die Hinführung der Jugend zum Buch in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendorganisationen bemüht und dass sie versucht, durch ihre fachlich fundierte Besprechungsarbeit und die Erarbeitung bibliothekarisch kritischer Maßstäbe für den Bestandsaufbau ihrer Aufgabe als literarische Mittelstelle gerecht zu werden.

Eine mit der Tagung verbundene Ausstellung der von den Ländern und Gemeinden getragenen Einkaufszentrale für Öffentliche Büchereien, Reutlingen, wird neuzeitliche Einbände und Möbel für Freihandbüchereien zeigen.

* * *

Verantwortlich: Günter Marksoeffel